

# «Wir sitzen sozialpolitisch auf einem Pulverfass»

Der Luzerner Regierungsrat Guido Graf (CVP) erwartet deutlich mehr Asylbewerber als der Bund

Von Dominik Feusi und Beni Gafner

**BaZ:** Herr Graf, welche Entwicklung erwarten Sie dieses Jahr bei den Asylgesuchen?

**Guido Graf:** Ich gehe davon aus, dass mindestens gleich viele Asylsuchende kommen wie im letzten Jahr. Das wären 40 000. Es werden eher mehr. Bis zu 60 000 scheinen mir durchaus wahrscheinlich. Die Flüchtlingsströme werden wieder zunehmen, sobald die kalten Wintermonate in Europa vorbei sind.

**Was heisst das für den Kanton Luzern?**

Wir müssten 3000 Plätze bereitstellen. Das würde bedeuten, monatlich bis zu 250 neue Unterkunftsplätze mit Personal zu organisieren. Im Moment haben wir noch 400 verfügbare Plätze. Es wäre eine enorme Herausforderung, da auf dem Wohnungsmarkt nur wenige günstige Wohnungen vorhanden sind und wir bereits sieben Zivilschutzanlagen als temporäre Asylzentren betreiben. Der Bund plant im Rahmen der Neustrukturierung des Asylbereichs 5000 Plätze, um in Bundeszentren eine Mehrheit der Asylverfahren abschliessen zu können. Das ist aus meiner Sicht deutlich zu wenig. Nötig wären auf Bundesebene 10 000 Plätze. Die Kantone würden so administrativ und finanziell deutlich entlastet, weil die Verfahren dann noch im Bundeszentrum abgeschlossen würden.

**Sie betreiben ein eigenes Lagezentrum, das die Entwicklung auf internationaler Ebene verfolgt und Folgen für den Kanton Luzern abschätzt. Weshalb?**

Der Bund hat Ende Jahr über die erwarteten Asylyzahlen informiert und gesagt, die nächste Lagebeurteilung erfolge Mitte 2016. Ich habe darüber gestaunt, denn ich brauche eine monatliche Beurteilung, um genügend Vorlaufzeit für Massnahmen auf Kantons- und Gemeindeebene zu haben. Ich wünschte mir regelmässige Informationen des Bundes. Ich kann Unterkünfte nicht einfach aus dem Hut zaubern. Wenn sich Menschen auf die Schweiz zubewegen, muss ich im Voraus erfahren, was ungefähr auf meinen Kanton zukommen wird.

**Was, wenn die Plätze diesen Sommer nicht ausreichen?**

Dann müssten Zeltanlagen oder Containersiedlungen errichtet und Hallen genutzt werden. Auch das braucht Vorbereitungszeit.

**Bundesrätin Sommaruga hat im November gesagt, «wir sind heute gut aufgestellt». Trifft das zu?**

Der Bund stuft in seiner vorsorglichen Planung meines Erachtens die Plätze in den Zivilschutzanlagen zu hoch ein. Denn die Kantone werden bei einer ausserordentlichen Lage die Zivilschutzanlagen für sich selber brauchen. Die militärischen Unterkünfte werden vom Bund viel zu wenig berücksichtigt. Im Kanton Luzern hat das Verteidigungsdepartement ein unterirdisches Militärspital zuerst unbrauchbar gemacht, indem die sanitären Anlagen und Küchen herausgerissen wurden. Schliesslich wurde die Anlage verkauft. So geht es nicht.

«Die EU redet viel über die Flüchtlinge, aber Taten habe ich noch nicht gesehen.»

Im Sommer war man sich einig, dass die Einsetzung des Sonderstabs Asyl auf Bundesebene nicht nötig sei. Gilt das nach wie vor?

In den letzten zwei Monaten sind die Einreisen in die Schweiz zurückgegangen. Aber jetzt bräuchte es den Sonderstab, um die Situation vom Sommer vorzubereiten.

**Wie realistisch ist für Sie das Szenario, wonach von Albanien aus viele Migranten nach Italien übersetzen und die Schweiz so vermehrt zum Zielland wird?**

Die jüngsten Entwicklungen mit mehreren Grenzsicherungen in Österreich und auf dem Balkan sind Hinweise, dass das gut möglich sein



«So geht es nicht.» Der Luzerner CVP-Regierungsrat Guido Graf wünscht sich in der Flüchtlingskrise mehr öffentliches Engagement des Bundesrates. Foto Nicole Pont

könnte. Diese Migranten kommen dann an unsere Südgrenze. Von der Südroute über Italien stellen 8–10 Prozent ein Asylgesuch in der Schweiz, rund viermal mehr als von jenen, die auf der Balkanroute via Österreich nach Deutschland unterwegs sind.

**Was halten Sie von der nachrichtendienstlichen Schätzung, dass dieses Jahr 1,8–2 Millionen Flüchtlinge nach Europa kommen könnten?**

Angesichts der andauernden Konflikte im Nahen Osten, der Zustände in den Flüchtlingslagern dort wegen fehlenden Finanzmitteln und aufgrund des anhaltenden Weiterwanderungsdrucks in den bisherigen Gastländern, scheint das durchaus denkbar. Man denke auch an die vielen jugendlichen Nordafrikaner, die keine Perspektive in ihrem Land haben und nur auf eine Möglichkeit warten, das Mittelmeer zu überqueren.

**Drohen der Schweiz Zustände, wie man sie letzten Sommer in Ungarn, Österreich oder Deutschland gesehen hat, dass sich Migranten in der Schweiz unregistriert auf Plätzen und Bahnhöfen aufhalten, vielleicht Forderungen skandieren und die Behörden kapazitätsmässig überfordert sind?**

Wenn der Bund seine Vorkehrungen an der Südgrenze nicht rechtzeitig trifft, können solche Zustände nicht ausgeschlossen werden. Nur wenn ein kontrollierter Grenzübergang gewährleistet wird, kann auch eine möglichst lückenlose Registrierung erfolgen. Es ist wichtig, dass der Bund nach aussen signalisiert, welche Massnahmen die

Schweiz zur Grenzsicherung trifft und dass bei uns nur echte Flüchtlinge bleiben können. Das sind Signale, die sich rumsprechen!

**Genügt die Asylgesetzrevision, über die wir im Juni abstimmen, die die Verfahren beschleunigen und mehr Unterkünfte organisieren, notfalls enteignen will?**

Nein, es braucht zusätzliche Massnahmen, um die Zuwanderung von Asylsuchenden aus Nicht-Kriegsländern zu unterbinden. Zudem finde ich, dass vermehrt die Zumutbarkeit einer Rückkehr in sichere Regionen des Herkunftslandes in Betracht gezogen werden muss. Selbstverständlich verbunden mit Hilfsprojekten vor Ort. Unser Aussenminister muss offensiver auftreten und in Absprache mit der Völkergemeinschaft mehr fordern, zum Beispiel sichere Zonen in Konfliktgebieten oder einen Verteilschlüssel.

**Das Referendum gegen das neue Asylgesetz richtet sich vor allem gegen die Gratisanwarte.**

Mich stört dieser unentgeltliche Rechtsbeistand nicht. Die Erfahrung damit ist ja, dass sie das Verfahren eher verkürzen als verlängern.

**Erwarten Sie wie Bundesrätin Sommaruga von der EU eine Lösung?**

Ich bin sehr kritisch. Die EU präsentiert regelmässig vollmundig Massnahmen, aber löst dann die Erwartungen nicht ein. Die Zusammenarbeit mit der Türkei funktioniert nicht, obwohl man schon lange davon redet. Die Aufstockung der Gelder für Flüchtlingslager wurde nicht umgesetzt und auch bei der Ursachenbekämpfung kommt man nicht vor-

wärts. Die EU redet viel, aber Taten habe ich noch nicht gesehen.

**Sind die europäischen Verträge wie Schengen oder Dublin gescheitert?**

Wenn der Vertrag von Dublin in derart vielen Ländern ausgesetzt wird, wie das seit Sommer 2015 passiert ist, muss man sich schon fragen, ob er noch funktioniert. Das Problem liegt darin, dass Dublin für eine Schönwetterlage konstruiert wurde und nicht für eine ausserordentliche Lage. Die aktuelle Situation setzt das Konzept ausser Gefecht. Ähnlich sieht es bei Schengen aus, mit dem ja die EU-Aussengrenze geschützt werden sollte. Die EU selber ist heillos zerstritten. Auch da vermisse ich das öffentliche Engagement des Bundesrates, wir sitzen bei diesen Verträgen ja mit am Tisch. Es reicht nicht, wenn nur wir uns an diese Verträge halten.

**Mit einem viel beachteten Brief an Bundesrätin Sommaruga haben Sie im Sommer eine Diskussion über Eritrea lanciert. Sie forderten, dass Eritreer kein Asyl mehr erhalten und der Bund in Eritrea überprüft, ob man sie nicht zurückschaffen könnte. Jetzt sind Politiker nach Eritrea gereist, wie beurteilen Sie die Lage?**

Aufgrund der ersten Berichte, die man lesen konnte, fühle ich mich in meiner Einschätzung bestärkt, dass im Zeitpunkt der Flucht der meisten Eritreer keine Bedrohung an Leib und Leben bestand. Sie wollen sich dem Nationaldienst entziehen und suchen eine wirtschaftliche Perspektive. Im Weiteren weiss man, dass rund ein Viertel der in Europa lebenden Eritreer jährlich nach Eritrea zurück in die Ferien gehen.

**Was soll der Bund mit Eritrea machen?**

Wir müssen mit Eritrea einen Dialog auf Augenhöhe pflegen, statt das Land öffentlich vorzuverurteilen. Es hat mich darum enttäuscht, wie Bundesrätin Sommaruga letzten Sommer über Eritrea hergezogen ist. Auf Stufe Bund will man ja jetzt etwas machen, aber das benötigt wieder sehr viel Zeit. Es ist unbefriedigend.

**Wie hoch ist die Sozialhilfequote bei Eritreern in Ihrem Kanton?**

Die Sozialhilfequote im Kanton Luzern bei den Eritreern ist uns nicht bekannt. Die Erwerbsquote der Eritreer in der Schweiz sagt jedoch etwas über die wirtschaftliche Selbstständigkeit und damit auch über die Sozialhilfequote aus. Sie ist massiv unterdurchschnittlich im Vergleich zu anderen Flüchtlingen. Eritreer, die vorläufig aufgenommen wurden, sind gerade mal zu 16,9 Prozent erwerbstätig. Der Durchschnitt der Erwerbstätigkeit von vorläufig Aufgenommenen

dann nicht arbeitet, bezieht ab dem elften Jahr die Sozialhilfe von der Gemeinde.

**Wie rasch geht die Integration von Eritreern in die Arbeitswelt und damit die Entlastung für die Sozialhilfe der Gemeinden?**

Das hängt zum einen von den Strukturen ab, die wir bereitstellen müssen und zum anderen vom Willen der Asylsuchenden. Die besten Einrichtungen und schulischen Angebote nützen wenig, wenn der Asylsuchende sich nicht integrieren will. Bei den Asylsuchenden aus Eritrea haben wir die Erfahrung gemacht, dass es an der Eigeninitiative fehlt, sich aktiv im Arbeitsmarkt zu integrieren. Sogar für die Teilnahme an Ausbildungsprogrammen besteht nur ein begrenztes Interesse. Ein solches Verhalten muss sanktioniert werden. Wer sich nicht integrieren will, bekommt halt nur noch Nothilfe. Man muss auch etwas fordern.

**Sollen die Migranten arbeiten dürfen?**

Ja. Ich will, dass sie eine Tagesstruktur haben. Diese Arbeit müssen wir organisieren. Damit haben wir in Luzern begonnen. Wer monatlang nichts zu tun hat, kommt auf schlechte Gedanken. Das ist auch ein Schritt für mehr Verständnis in der Bevölkerung.

«Es braucht ein klares Signal an die Migranten, dass nicht alle bleiben dürfen.»

**Schaffen wir die Integration?**

Die Kantone bekommen für die Integration einmalig 6000 Franken pro Kopf. Das reicht kaum für einen Deutschkurs, geschweige denn für eine Integration. Ich will keine Schulden machen müssen. Doch genau das passiert jetzt: Der Kanton und die Gemeinden setzen eigene Mittel für die Integration ein, weil das Geld des Bundes nicht reicht. Gleichzeitig müssen wir kantonale Sparprogramme verabschieden, die wehtun. Der Bund macht es sich mit seiner Pauschale zu einfach. Die Kantone tragen am Schluss die Verantwortung und die Gemeinden die Sozialhilfe. Das ist ein sozialpolitisches Pulverfass. Wenn vier von fünf Flüchtlingen in der Sozialhilfe landen – wie es die vorhandenen Zahlen vermuten lassen – dann geht jedes Verständnis für Flüchtlinge verloren. Es besteht die Gefahr, dass die Stimmung kippt. Bei Informationsveranstaltungen sind die Säle zum Bersten voll. Dieses Problem jetzt und nicht erst in zehn Jahren anzugehen, scheut man sich in Bern im Moment. Es braucht mehr Mittel für die Integration vom Bund. Und ein klares Signal an die Migranten, dass nicht alle bleiben dürfen.

**Braucht die Schweiz eine Obergrenze bei den Asylgesuchen wie Österreich?**

Irgendwann werden wir von der gegebenen Struktur her die Belastungsgrenze erreichen. Wenn unser System nicht mehr aufnahmefähig ist, gefährden wir unseren inneren Frieden und die Ordnung in unserem Land. Unser System wird uns die Grenze aufzeigen.

**Was soll der Bund unternehmen?**

Wir müssen auch über die Kontrolle der Grenze nachdenken. Die Umsetzung von Grenzkontrollen ist meines Erachtens notwendig, um die Einwanderung zu kontrollieren und Asylsuchende systematisch erfassen zu können. Sollten die Mitarbeitenden der Grenzschutzkorps die Bewachung der Grenzen nicht gewährleisten können, muss die Armee zur Grenzsicherung aushelfen.

**Bundespolitiker fordern, man müsse die Entwicklungshilfe mehr auf Länder ausrichten, aus denen Flüchtlinge kommen, um die Ursachen zu bekämpfen.**

Da bin ich einverstanden. Mit diesem Geld soll man versuchen, Herkunftsländer von Migranten zu stabilisieren. Wir müssen dafür sorgen, dass vorläufig Aufgenommene so wieder in ihre Länder zurück können.

ANZEIGE



Dr. Carlo Conti  
Rechtsanwalt, ehemaliger Regierungsrat  
des Kantons Basel-Stadt

«Eine zweite Röhre mit Pannestreifen und ohne Gegenverkehr ist ein Quantensprung für die Sicherheit. Das Tessin wird nicht über Jahre vom Rest des Landes abgekoppelt. Ich sage Ja zum Sanierungstunnel.»

gotthard-tunnel-ja.ch  
gotthard-tunnel sicher ja+

Überparteiliches Komitee «Gotthard Tunnel sicher JA», 3001 Bern

beträgt in der Schweiz 29,2 Prozent, ist also fast doppelt so hoch. Der Bund bezahlt die Sozialhilfe für vorläufig Aufgenommene während sieben Jahren und für Flüchtlinge während fünf Jahren. Danach sind die Kantone zuständig. Wir im Kanton Luzern bezahlen noch bis zum zehnten Jahr die Sozialhilfe. Nach fünf oder sieben Jahren zahlt der Bund nicht mehr. Im Kanton Luzern springen wir ein. Aber nach zehn Jahren sind die Gemeinden voll für die Leute verantwortlich. Wer